

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Strukturanpassung in der österreichischen Industrie

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (1988) : Strukturanpassung in der österreichischen Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 14, Iss. 3, pp. 291-295

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332275>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Editorial

Strukturanpassung in der österreichischen Industrie

Trotz der expansiven Tendenzen des Dienstleistungssektors und trotz des oft zitierten Übergangs zur postindustriellen Gesellschaft bleibt die Entwicklung der Industrie von zentraler Bedeutung für das Wohl eines modernen – eben eines „Industrie“-Staates, sind doch viele der aufstrebenden Dienstleistungsbereiche – etwa die „Wirtschaftsdienste“ – eng mit der Entfaltung der industriellen Produktion verbunden.

Nun wirkten sich Probleme, denen weite Bereiche der österreichischen Industrie – sei es aufgrund weltweiter Überkapazitäten, durch Managementfehler oder durch nicht mehr marktgerechte Unternehmensstrukturen – gegenüberstanden, nicht gerade förderlich für deren Image aus. Daß die Zahl der in der österreichischen Industrie Beschäftigten in den achtziger Jahren um etwa 80.000 zurückging, verstärkte das Bild eines krisenhaften Bereiches, der dringender Reformen bedarf. Diese mittlerweile getroffenen Reformen bestanden neben Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Steigerung der Technologieintensität der heimischen Produktion – wie etwa durch die Schaffung des Innovations- und Technologiefonds – vor allem in einer grundlegenden Reorganisation der Verstaatlichten Industrie, in der nun kleinere und eigenverantwortliche Geschäftseinheiten, nach klareren Kriterien abgegrenzt und zusammengefaßt in sieben Branchenholdings, marktkonformer im internationalen Wettbewerb agieren.

Noch ist es natürlich zu früh, um etwaige Erfolge dieser Reformbemühungen diagnostizieren zu können. Auch die internationale Konjunktorentwicklung erschwert es, den originär österreichischen Anteil an der recht erfreulichen Entwicklung der Lage der Industrie herauszufiltern, denn die kräftige Steigerung der Auslandsnachfrage, insbesondere bei Vorprodukten, ermöglichte der österreichischen Industrie in den letzten Monaten bedeutende Produktionszuwächse.

Trotz der insgesamt zu Optimismus Anlaß gebenden Auftragslage der Industrie weisen warnende Stimmen darauf hin, daß die internationale Grundstoffhausse vor allem durch einen Lageraufbau gestützt werde und sehr bald wieder verebben könnte, und ganz abgesehen davon sei der Aufschwung der Grundstoffindustrie nicht gerade ein Indikator für einen gelungenen Strukturverbesserungsprozeß, zumal

die Dynamik der Konsum- und Investitionsgüterindustrie deutlich nachhinkt. Allzuhohe Erwartungen werden auch dadurch gedämpft, daß trotz der günstigen Nachfrage die Investitionstätigkeit der österreichischen Industrie heuer etwa auf dem Niveau des Vorjahres stagniert.

Gerade Investitionsverhalten und -struktur verdienen dabei allerdings eine etwas differenziertere Betrachtung. Dabei zeigt sich, daß das – an sich nicht ungünstige, wohl aber in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vielleicht etwas enttäuschende – Bild der heuer auf etwa 50 Milliarden Schilling stagnierenden Industrieinvestitionen kein Grund für Pessimismus sein sollte. Denn erstens ist darauf hinzuweisen, daß der gegenwärtige Industrieinvestitionszyklus im historischen Vergleich schon überdurchschnittlich lange andauert und das Ende einer Investitionswelle bedeutet, wie am Beispiel der Papierindustrie anschaulich gemacht werden kann, welches zeigt, wie stark in einem kleinen Land wie Österreich die Entwicklung einzelner Branchen oder gar Betriebe gesamtwirtschaftlich durchschlagen kann und somit bei der Interpretation von Aggregaten erhebliche Vorsicht geboten ist.

Laut WIFO-Investitionstest vom Frühjahr 1988 beliefen sich die Investitionen der papiererzeugenden Industrie im Jahre 1986 auf 5,9 und 1987 auf 7,3 Milliarden Schilling, was im Vorjahr den Spitzenwert aller Branchen bedeutete. Das Auslaufen einiger großer Investitionsprojekte in diesem Sektor – 1988 sollen die Investitionen nur noch 3,8 Milliarden Schilling betragen – wirkt sich natürlich in gesamtwirtschaftlichen Größen bereits beachtlich aus.

Darüberhinaus muß berücksichtigt werden, daß diese Konstanz der Investitionen im Jahresvergleich zwar eine Stagnation, aber doch auf relativ hohem Niveau bedeutet. Der jährliche Durchschnitt der Industrieinvestitionen belief sich in Österreich im Schnitt der Jahre 1975–1980 auf 26,5 Milliarden, in den achtziger Jahren auf etwa 39,2 Milliarden, ein Wert, der trotz einer Stagnation im Jahresvergleich heuer um ein Viertel übertroffen wird. Von dieser Warte aus betrachtet scheint es also nicht begründet, von einer absoluten Investitionsschwäche zu sprechen.

Um Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes ziehen zu können, darf natürlich nicht nur das absolute Niveau der Investitionen betrachtet werden, sondern vor allem deren strukturelle Zusammensetzung. Wie die bereits zitierten Zahlen nahelegen, ist dabei nicht von einzelnen Jahresdaten auszugehen, sondern eine mittelfristige Analyse vorzunehmen, die sich – um die Latte hoch zu legen – hier an unserem traditionellen Leitbild, der BRD, orientieren soll.

Vergleicht man die durchschnittlichen jährlichen Industrieinvestitionen der Periode 1981–1987 mit denen der Periode 1974–1980, so zeigt sich, daß die Steigerung in Österreich mit 47,8 Prozent nur minimal von dem für die BRD ermittelten Wert (+ 48 Prozent) abweicht.

Der Anteil der technischen Verarbeitungsprodukte weitete sich in beiden Ländern deutlich aus, in der BRD allerdings von einem erheblich höheren Niveau aus. Ein spiegelverkehrtes Bild ergibt sich im Basissektor (ohne Chemie), dessen Anteil an den Gesamtinvestitionen in Österreich noch stärker zurückging als in der BRD, wobei der Anteil an den Gesamtinvestitionen in Österreich aber nach wie vor deutlich über dem in der BRD liegt. Während der Anteil der traditionellen Konsumgüterbranchen an den gesamten Industrieinvestitionen in beiden Ländern in der Periode 1974–1980 etwa gleich lag, reduzierte sich dieser Anteil in den darauffolgenden Jahren in der BRD erheblich rascher als in Österreich.

Gemessen am Investitionsverhalten besteht also kein Anlaß zu Strukturpessimismus. Der rasch ausgebaute Sektor der technischen Verarbeitungsgüter löste im Periodenvergleich den Basissektor als Spitzenreiter bei der Investitionstätigkeit ab, und im Jahre 1988 werden – laut WIFO-Investitionstest – die Sektoren Chemie, Maschinen- und Elektroindustrie die bedeutendsten Investoren sein. Obwohl also in Österreich der Basissektor sowie die traditionellen Konsumgüterbranchen noch über ein im Vergleich zur BRD größeres Gewicht verfügen, ist die Umstrukturierung hin zu den technischen Verarbeitungsgütern, also die Modernisierung voll im Gange.

Dies wird auch durch die Gegenüberstellung der verschiedenen Investitionsmotive belegt. Die Nutzung neuer Technologien, die Umstellung auf neue Märkte, die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit und natürlich damit verbunden kosten senkende Rationalisierungen überwiegen deutlich das Motiv der Kapazitätsausweitung. Denn die Investitionsentwicklung richtet sich in abnehmendem Maße nach der Nachfrageentwicklung. Ausschlaggebend für die investive Tätigkeit ist das Bestreben, mit Hilfe neuer Technologien auf neuen Märkten, mit neuen Produkten und Verfahren konkurrenzfähig zu sein. Der jüngste Innovationstest des Wirtschaftsforschungsinstituts bestätigt diese Entwicklung, zumindest wenn die unterschiedliche Größenstruktur österreichischer und bundesdeutscher Unternehmen berücksichtigt wird, da größere Unternehmen nun einmal auf ein größeres Innovationspotential zurückgreifen können.

Um zu zeigen, daß sich die österreichische Industrie auf einem durchaus zukunftssträchtigen Weg befindet, daß die gegenwärtigen optimistischen Indikatoren, wie etwa die

Ergebnisse der Konjunkturumfrage der Vereinigung Österreichischer Industrieller, nicht allein auf ein Mitschwimmen im weltwirtschaftlichen Strom zurückzuführen sind, ist auch auf die außenwirtschaftlichen Deckungsquoten bei technologisch anspruchsvollen Produkten im internationalen Vergleich hinzuweisen. Dabei erweist sich, daß sich in den achtziger Jahren der Deckungsgrad der österreichischen High-Tech-Importe (SITC 54 + 73 + 75 + 76 + 87, also medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, metallbearbeitende Maschinen, Büro- und EDV-Maschinen, Nachrichtengeräte sowie Meß- und Prüfapparate) um etwa fünf Prozentpunkte verbesserte.

Wenn auch zu den technologischen Spitzenreitern wie etwa Japan oder der Schweiz eine große Lücke klafft, so ging doch der technologische Aufholprozeß bereits beachtlich voran, und das gerade in einer Zeit der allgemeinen Wachstumsverlangsamung und erschwelter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Der Weg scheint also richtig, doch drängt sich hier die beinahe vermessene Frage auf, wieso der nach wie vor notwendige – zumindest an den anspruchsvollsten Vergleichsländern gemessen – strukturelle Entwicklungsprozeß gerade in einer konjunkturell begünstigten Phase nicht noch rascher abläuft.

Einen Faktor zeigt uns der Innovationstest des WIFO: Das – zumindest im Vergleich zur BRD – durch die unterschiedliche Größenstruktur bedingte – geringere Innovationspotential der österreichischen Industrie erfordert verstärkte Anstrengungen, die nicht nur in einzelnen Großbetrieben unternommen werden und diesen exklusiv zugute kommen. Bis sich eine solche intensive Forschungstätigkeit in materiell meßbarer Wertschöpfung niederschlägt, dauert in einer konjunkturellen Aufschwungsphase ebenso eine gewisse Zeit, wie auch etwaige Erfolge der getroffenen Maßnahmen zur Reorganisation, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Internationalisierung und Steigerung der Technologieintensität nicht von heute auf morgen erwartet werden können.

Dagegen sollte sich die in den letzten Jahren sowohl in Österreich als auch in unserem vielzitierten Vergleichsland BRD wieder erheblich gebesserte Ertragslage des Unternehmensbereiches nicht generell als bremsender Faktor erweisen, stellt doch die Deutsche Bundesbank (Monatsbericht März 1988) fest, daß die Sachkapitalrentabilität die aus Vermögensanlage erzielbare Rendite schon seit 1984 wieder deutlich übertrifft. Wenn sich auch in Österreich nach wie vor hohe Zinssätze nicht gerade positiv auf das Investitionsverhalten auswirken, so kann zumindest von der Arbeitskosten- seite kein dämpfender Einfluß auf die Investitionsbereitschaft konstatiert werden.

Restrukturierung und Beschäftigungsabbau in der Verstaatlichten Industrie bzw. in einigen Industrieunternehmungen der staatlichen Großbanken werden noch weitergehen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Teils der österreichischen Großindustrie wiederherzustellen und nachhaltig zu sichern. Ein positiver Faktor der letzten Jahre waren die industriellen Mittel- und Kleinbetriebe, die die Beschäftigungsverluste der verstaatlichten Großbetriebe zum Teil kompensiert haben. Es wäre jedoch problematisch, die Klein- und Mittelbetriebe zum Maß aller Dinge zu erheben und industrielle Großbetriebe pauschal in den Verdacht der Ineffizienz zu stellen – „small ist beautiful“ ist nicht immer eine industriepolitisch taugliche Maxime. Die österreichische Industrie bietet einige Beispiele für Unternehmen, die sich gut in der rauen Luft des internationalen Wettbewerbs bewähren, wozu in vielen Fällen – wie auch die Ergebnisse des Innovationstests belegen – eine gewisse Unternehmensgröße notwendig ist. Es wäre wünschenswert, daß möglichst viele der Klein- und Mittelbetriebe verstärkt forschen, ausbilden, internationalisieren und expandieren.

Das anzustrebende Ziel eines modernen Industriestaates bedarf einer ausgewogenen Struktur zwischen Großbetrieben, die nun einmal gewisse Aufgaben (etwa in Forschung und Entwicklung oder auf Auslandsmärkten) effizienter erfüllen können einerseits und einer möglichst breiten Basis von spezialisierten und flexiblen Unternehmen andererseits. Und die Chancen, dieses Ziel zu erreichen, erscheinen heute größer – zumindest als in den letzten Jahren.